

## 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg Vorentwurf Stand April 2023

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
1.	<b>Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Referat GL 5, Henning-von-Tresckow-Straße 2-8, 14467 Potsdam</b>	Es ging bis zum 09.10.2023 keine Stellungnahme ein.
2.	<b>Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 2, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke</b>	Es ging bis zum 09.10.2023 keine Stellungnahme ein.
3.	<b>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Archäologie, Dezernat Archäologische Denkmalpflege, Gebietsdenkmalpflege Prignitz-Ruppin, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen OT Wünsdorf</b>	
	<b>Stellungnahme 28.07.2023</b>  da im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen gegen die vorliegende Planung aus Sicht des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Dezernat Archäologische Denkmalpflege, keine grundsätzlichen Bedenken.	Kenntnisnahme, keine grundsätzlichen Bedenken, da keine Bodendenkmale vorhanden
	Da insbesondere auch aufgrund des unmittelbar im Norden angrenzenden Bodendenkmals 111270 (Siedlung Bronzezeit_ in Bearbeitung) mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam:	Kenntnisnahme
	Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig. Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren.	Kenntnisnahme, die Hinweise werden in verkürzter Form in den Erläuterungsbericht übernommen und sind zu beachten.
	Bitte beachten: Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.	Kenntnisnahme
4.	<b>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Bau- und Kunstdenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen OT Wünsdorf</b>	Bis zum 09.10.2023 ging keine Stellungnahme ein.
5.	<b>Landesamt für Bauen und Verkehr, Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten</b>	

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<b>Stellungnahme 09.08.2023</b>	
den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit als Verkehrsüberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planverfahren“ Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015) geprüft.	Kenntnisnahme
Gegen die vorliegende 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV keine Bedenken.	Kenntnisnahme
Schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.	Kenntnisnahme
<i>Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr</i> Die Solarmodule sind blendfrei zu gestalten um eine Beeinträchtigung des Schienenverkehrs auf der unmittelbar angrenzenden Eisenbahnstrecke Pritzwalk - Meyenburg zu vermeiden. Die Regio Infra Nordost GmbH sollte -soweit nicht bereits geschehen- im Verfahren beteiligt werden.	Kenntnisnahme, Zur Bewertung der potentiellen Blendwirkung der künftigen PV Freiflächenanlage wurde ein Blendgutachten durch die Firma SolPEG GmbH erstellt. Die Regio Infra Nordost GmbH wurde im Verfahren beteiligt und hat eine Stellungnahme abgegeben, im engen Gespräch zwischen dem Gutachter und der Regio Infra Nordost GmbH konnten offene Fragen beantwortet werden, so dass die Regio Infra Nordost GmbH eine finale zustimmende Stellungnahme zu den Ergebnissen des Blendgutachtens vorgelegt hat. Das Blendgutachten ist Bestandteil des Umweltberichtes zum Entwurf der vorliegenden Planung.
<i>Luftfahrt</i> Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen ergeht mit Bezug auf §§ 12 ff i. V. m. § 31 Abs. 2 (LuftVG) von der Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg ggf. eine gesonderte Stellungnahme.	Kenntnisnahme
Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung werden von Seiten der Landesverkehrsplanung keine Anforderungen erhoben, auch liegen keine planungs- und umweltrelevanten Informationen vor, die zur Verfügung gestellt werden können.	Kenntnisnahme
Für die Verkehrsbereiche übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.	Kenntnisnahme
Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen Bewilligungen oder Zustim-	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	mungen unberührt.	
6.	<b>Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR), Inselstraße 26, 03046 Cottbus</b>	
	<b>Stellungnahme 17.08.2023</b>	
	Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.	Kenntnisnahme
	<b>1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:</b> Keine.	Kenntnisnahme
	<b>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:</b> Keine.	Kenntnisnahme
	<b>3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:</b>  <b>Geologie:</b> Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden. Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).	Kenntnisnahme
7.	<b>IHK Potsdam, Breite Straße 2 a-c, 14467 Potsdam</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 ging keine Stellungnahme ein.
8.	<b>Handwerkskammer Potsdam, Charlottenstraße 34-36, 14467 Potsdam</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 ging keine Stellungnahme ein.
9.	<b>Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg, Mittelstraße 5/5a, 12529 Schönefeld</b>	
	<b>Stellungnahme 22.08.2023</b> nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Meyenburg und zum Bebauungsplan Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg (Vorentwürfe Stand: April 2023) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:	Kenntnisnahme

## 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg Vorentwurf Stand April 2023

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>1. Das Planungsgebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.</p> <p>2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Vorhaben nicht berührt.</p> <p>3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Vorhaben aktuell nicht entgegen.</p> <p>4. Es bestehen aus ziviler luftverkehrsrechtlicher Sicht keine Bedenken gegen die Vorentwürfe der 7. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Meyenburg und des Bebauungsplanes Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg (Stand: April 2023).</p>	Kenntnisnahme
<p><b>Begründung:</b> Das Planungsvorhaben befindet sich im Stadtgebiet von Meyenburg im Landkreis Prignitz des Bundeslandes Brandenburg. Der Abstand zum Sonderlandeplatz (SLP) Freyenstein beträgt ca. 8,7 km. Der SLP Pritzwalk / Sommersberg ist ca. 14,6 km entfernt. Damit befindet sich das Planungsvorhaben außerhalb von Bauschutzbereichen gem. §§ 12, 17 LuftVG und Hindernisbegrenzungsflächen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segel- und Modellfluggeländen.</p>	Kenntnisnahme
<p>Die in der 7. Änderung des Flächennutzungsplanes geplante Ausweisung eines „Sonstigen Sondergebietes SO/PV mit der Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage“ ist nicht geeignet, luftverkehrsrechtliche Belange zu beeinträchtigen. Ebenso sind Beeinträchtigungen luftverkehrsrechtlicher Belange durch die Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg“, hier „SO-PV“ mit maximaler Höhe der baulichen Anlagen von 5,00 m über Grund, zu befürchten. Die Verwendung blendfreier Oberflächen der Solarmodule wird vorausgesetzt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Es wird der Einsatz von blendfreien Oberflächen der Solarmodule bestätigt.</p>
Das Plangebiet liegt außerhalb ziviler Flugsicherungseinrichtungen (Vgl. § 18a LuftVG).	Kenntnisnahme
Insgesamt bestehen keine Bedenken gegen die Vorentwürfe der 7. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Meyenburg und des Bebauungsplanes Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg (Stand: April 2023).	Kenntnisnahme
<p><b>Hinweise:</b> 1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.</p>	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
2. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), Post-	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, das BAIUDBw hat mit Stellungnahme vom 18.08.2023 keine Einwände erhoben.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	fach 2963, 53019 Bonn.	
	3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen zu einzelnen Landeplätzen finden Sie unter: „ <a href="https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg">https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg</a> “. Um Überlassung einer Kopie des Abwägungsbeschlusses wird gebeten.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
10.	<b>Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor
11.	<b>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Kompetenzzentrum Baumanagement, Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn</b>	
	<b>Stellungnahme 18.08.2023</b> vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Kenntnisnahme
12.	<b>Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Am Baruther Tor 20 Haus 5, 15806 Zossen</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor
13.	<b>Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, "Haus der Natur", Lindenstraße 34, 14467 Potsdam</b>	
	<b>Stellungnahme 22.08.2023</b> die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren: Die Firma PV Projektgesellschaft Meyenburg GmbH & Co. KG beabsichtigt auf dem ehemaligen Agrarflugplatz in der Gemarkung Meyenburg auf 12,9 ha die Errichtung einer Freiflächensolaranlage zu ermöglichen. Das Plangebiet ist als landwirtschaftliche Nutzfläche ausgewiesen und befindet sich im Außenbereich. Aus Sicht der Naturschutzverbände spielt für das Erreichen der nationalen klima- und energiepolitischen Ziele und zur Umsetzung der Energiewende ein <u>naturverträglicher</u> Ausbau von PV-Anlagen eine wichtige Rolle.	Kenntnisnahme
	Zum Schutz von Natur- und Landschaft sollten v.a. Flächenkapazitäten im Innenreich (Wohn-, Industrie- u. Gewerbebauten) ausgeschöpft werden und bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung außerhalb von Schutzgebieten errichtet werden. Auch innovative Nutzungen wie „Agri-PV-Fläche“ sollten in Betracht gezogen werden.	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Naturschutzfachliche Belange müssen bei der Standortwahl je nach standortspezifischen Gegebenheiten, hinsichtlich der Größe und Gestaltung der PV-Freiflächenanlagen und bei der Errichtung, dem Bau und dem Betrieb, der Umsetzung von Aufwertungsmaßnahmen sowie bei Wartung und Rückbau der PV-Freiflächenanlagen eine entsprechende Berücksichtigung finden .</p> <p>Grundsätzlich sind vorhandenen Landschaftsstrukturen zu erhalten, aufzuwerten und zu ergänzen. Gebieten mit hochwertigem Landschaftsbild und ökologisch hochwertige Flächen ohne Schutzstatus (Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Nahrungsflächen besonders geschützter Arten) sind für die Bebauung von PV-Freiflächenanlagen auszusparen. Gerade im Hinblick weiterer Überbauungen von offenen Landschaftsbereichen im näheren Umfeld kommt diesen Offenlandbereichen zunehmend mehr Bedeutung zu.</p> <p>PV-Freiflächenanlagen stellen aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes gemäß § 14 Abs. 1 BNatSchG i.d.R. einen Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild dar. Da durch PV- Freiflächenanlagen Landschaften zerschnitten, Barrieren für wandernde Tierarten aufgebaut, Bodenflächen versiegelt und das Landschaftsbild beeinträchtigt werden, können die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Fauna nicht abgeschätzt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme, naturschutzfachliche Belange finden bei der Planung eine besondere Berücksichtigung und werden im Umweltbericht untersucht und erörtert sowie entsprechende Vermeidungs- Minimierungs bzw. Kompensationsmaßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft sowie zum besonderen Artenschutz entwickelt.</p>
<p>Der bereits nachgewiesene Rückgang der Artenvielfalt wird durch Lebensraumverluste in Folge von Überbauung und Nutzungsänderungen wissentlich weiter vorangetrieben.</p>	<p>Kenntnisnahme, diese Annahme kann nicht nachvollzogen werden, eine Quellenangabe der getätigten Aussage fehlt ebenso.</p>
<p>Der Schutz der Biodiversität ist ein Gemeinwohlziel, das deutlich stärker in allen Lebensbereichen Berücksichtigung finden muss. Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen, den Arten-/Natur-/Landschaftsschutz neben der Bebauung gleichberechtigt zu betrachten.</p>	<p>Kenntnisnahme, sh. oben ausgeführt</p>
<p>Aus Natur- und Landschaftsschutzsicht sollten Freiflächenanlagen bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung außerhalb von Schutzgebieten errichtet werden.</p>	<p>Kenntnisnahme, bei der hier überplanten Fläche handelt es sich um einen ehemaligen Agrarlandeplatz, der entsiegelt wurde sowie um Teilflächen, die bereits durch Altlasten vorbelastet sind. Lediglich ein Teilbereich der in Anspruch genommenen Fläche für künftige PV FFA wird derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt. Insofern werden hier alle Kriterien erfüllt, um einen sparsamen Umgang mit dem Schutzgut Boden sicher zu stellen.</p>
<p>Die Planung zielt aber darauf ab intensiv genutzte Ackerflächen zu überbauen. Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Nutzfläche, auch wenn es sich um eine intensiv genutzte Fläche handelt, kann u.E. nicht befürwortet werden.</p> <p>Bedenken bestehen zur unmittelbaren Nähe zum Naturschutzgebietes „Stepenitz“, welches sich östlich des Geltungsbereiches befindet.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme, das Naturschutzgebiet Stepenitz verläuft in ca 78m Entfernung zur östlichen Plangebietsgrenze, die nebenstehende Aussage enthält keine Erläuterung für die Bedenken.</p>
<p>Mit der Überbauung bewirtschafteter Ackerflächen erfährt das Gebiet selbst als auch die</p>	<p>Kenntnisnahme, im Rahmen der Umweltüberwachung werden Maßnahmen initiiert,</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	angrenzenden Offenland- und Schutzgebietsbereiche eine nicht abzuschätzende Veränderung im Artenspektrum.	welche Rückblicke auf die Entwicklung des Artenspektrums zulassen werden.
	Die Flächen werden mit einem 2,5 m hohen Zaun ausgegrenzt. Der Zugang für Menschen, Großwild, Zugvögel und andere Tiere würde damit dauerhaft eingeschränkt.	Kenntnisnahme, die geplante Zaunanlage soll insbesondere vor Vandalismus durch den Menschen schützen. Der Zaun wird einen Durchschlupf für Kleintiere ermöglichen, eine Einschränkung für andere Tiere (Rotwild- wenn vorhanden) ist dabei hinzunehmen, wobei mit einer Gesamtfläche von ca 12 ha keine unüberwindbare Barriere geschaffen wird, zumal die Fläche sich an ein bestehendes Gewerbegebiet anschließt und im Südwesten durch die öffentliche Verkehrsfläche und parallel verlaufende Gleisanlagen begrenzt wird.
	Die in der Planung befindlichen max. 5 m hohen Module verändern das bisherige Landschaftsbild grundlegend. Welche Beeinträchtigungen sich daraus für das NSG „Stepenitz“ ergeben, ist nicht abschätzbar. Wir verweisen hier auf das Verschlechterungsverbot!	Kenntnisnahme hier handelt es sich um ein Missverständnis, die Module selbst dürfen nur 5 Meter hoch sein, einzig notwendige Kameramasten dürfen 5 Meter erreichen. Beeinträchtigungen für das NSG sind hieraus nicht zu erwarten.
	Die Verbände sind der Auffassung, dass es sich hier um einen nach § 15 Abs.5 BNatSchG unzulässigen Eingriff handelt. Aufgrund dessen sind hier die Belange von Natur und Landschaft (NSG/FFH-Gebiet) vorrangig zu beachten Auch wenn die Planung zu dem Schluss kommt, dass die Beeinträchtigungen ausgleichbar wären, werden hiermit seitens der Verbände Bedenken angemeldet, da die Planfläche, wenn auch nur zeitlich begrenzt, der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wird und Brutreviere sowie Lebensräumen dauerhaft verloren gehen bzw. entwertet werden.	Kenntnisnahme
	Wir möchten in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Schutz der Biodiversität ein Gemeinwohlziel ist, das deutlich stärker in allen Lebensbereichen Berücksichtigung finden muss. Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen einen urbanen Raum zu entwickeln, in dem der Arten-/Natur-/Landschaftsschutz neben der Bebauung eine gleichberechtigte Betrachtung erfährt. Gerade in Zeiten, in denen auf allen Ebenen über die Bedeutung von Klima-, Insekten- und Biodiversitätsschutz auch als Vorsorge für das menschliche Wohlergehen gesprochen wird, wird ein entsprechender zukunftsweisender Umgang auch und vor allem von Verwaltungen und Planungsträgern erwartet.	Kenntnisnahme, die Hinweise wurden beachtet, siehe Ausführungen im Umweltbericht.
	Wir bitten um die Einbeziehung in das weitere Verfahren und mit Verweis auf §3 Abs. 1 UIG die Zustellung des Abwägungsergebnisses, vorzugsweise per E-Mail an info@landesbuero.de	Kenntnisnahme und weitere Beachtung
14.	<b>Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Karl-Liebknecht-Straße 36, 03046 Cottbus</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor



Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB, sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

[illegible]



Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".	Kenntnisnahme
	Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.	Kenntnisnahme
	Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Kenntnisnahme
	<b>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang. Insbesondere bitten wir um Zusendung des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.</b>	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
16.	<b>Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Ref. B2 – Ländliche Neuordnung, Fehrbelliner Straße 4e, 16816 Neuruppin</b>	
	<b>Stellungnahme 19.07.2023</b> das Planungsgebiet ist weder von punktuellen Bodenordnungsmaßnahmen nach § 64 LwAnpG noch von großflächigen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz betroffen. Es liegen auch keine entsprechenden Anträge vor.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
17.	<b>Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG), Arbeitsschutz, Regionalbereich West, Fehrbelliner Straße 4 A, 16816 Neuruppin</b>	
	<b>Stellungnahme 23.08.2023</b> im Rahmen der Prüfung der Unterlagen teile ich Ihnen mit, dass in diesem Planungsstadium die Belange der Abteilung Arbeitsschutz des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit noch nicht berührt werden und daher keine Stellungnahme abgegeben wird.	Kenntnisnahme
	Die in der Anlage beigefügte Stellungnahme bitte zu beachten.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<b>Stellungnahme – Dezernat V4 – Strahlenschutz</b> Die Stadt Meyenburg plant für ein Bereich südöstlich der Stadt Meyenburg, östlich der Bahnstrecke einen Solarpark zu errichten. Es erfolgt die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes mit besonderer Zweckbestimmung „Photovoltaik- Freiflächenanlage“. Im Parallelverfahren erfolgt die Änderung des Flächennutzungsplanes.	Kenntnisnahme
Aus Sicht des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG), Dezernat V4 - Strahlenschutz ist zu prüfen, ob durch die Aufstellung des Bebauungsplanes die Bestimmungen der 26.BImSchV - Verordnung über elektromagnetische Felder - bei der Errichtung bzw. Änderung niederfrequenter Anlagen eingehalten werden.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens
In Begründung zum Bebauungsplan sind noch keine Aussagen zur Lage des Netzanschlusspunktes zur Einspeisung des erzeugten Solarstroms getroffen werden. Des Weiteren sind die Errichtung von Erdkabeln und Trafostationen innerhalb Plangebietes vorgesehen. Die Grundstücke werden mit einer Zaunanlage eingefriedet. Das nächstgelegene Gebäude befindet sich in einem Abstand von ca. 9 m zum Plangebiet.	Kenntnisnahme
Trafostationen, möglicherweise Umspannstationen sowie das Erdkabel, welches für den Anschluss an das Versorgungsnetz von außen in das Plan-Gebiet hinein verlegt wird, sind Anlagen, die nach der 26.BImSchV zu betrachten sind. Für die geplanten niederfrequenten Anlagen innerhalb der überbaubaren Fläche sind keine weiteren Forderungen bzgl. der 26. BImSchV zu treffen.	Kenntnisnahme
Gemäß dem § 3 der 26. BImSchV wird bei Niederfrequenzanlagen für Orte, die zum <u>nicht nur</u> vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, die Einhaltung der Grenzwerte gefordert (bei Trafostationen und Mittelspannungskabel sind diese ab 1 m Abstand sicher eingehalten).	Kenntnisnahme
Des Weiteren ist im § 4 Abs. 2 der 26. BImSchV ein Minimierungsgebot für die von Niederfrequenzanlagen ausgehenden elektrischen und magnetischen Feldern formuliert. Das Nähere hierzu ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (26.BImSchVVwV) vom 26.02.2016 geregelt.	Kenntnisnahme
<b>Das Minimierungsgebot ist anzuwenden, wenn maßgebliche Immissionsorte sich im definierten Einwirkungsbereich von 10 m für Trafostationen, von 10 m für Erdkabel &lt; 50 kV, von 25 m für Kabel ≥ 50 kV&lt;110 kV, von 50 m zu einer eventuell notwendigen Umspann- und Schaltanlage mit ≥ 110 kV Nennspannung befinden. Die Minimierungsprüfung hat dann anlassbezogen im nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu erfolgen.</b>	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung im Rahmen des nachfolgenden Genehmigungsverfahrens

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<b>18.</b>	<b>Landkreis Prignitz, Gb II - Sachbereich Bauordnung, Berliner Straße 49, 19348 Perleberg</b>	
	<p>Stellungnahme 11.08.2023</p> <p>Nach Beteiligung der vom Vorhaben betroffenen Sachbereiche nimmt der Landkreis Prignitz zum oben genannten Verfahren wie folgt Stellung:</p> <p><b>I. Sb Brand- und Katastrophenschutz</b></p> <p>Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen ergeben sich zu o.g. Vorhaben aus Sicht der Brandschutzdienststelle keine weiteren Forderungen zum abwehrenden Brandschutz.</p>	Kenntnisnahme
	<p><b>II. Kreisstraßenmeisterei</b></p> <p>Der Vorgang berührt keine Belange der Kreisstraßenmeisterei Prignitz. Es bestehen insoweit keine Hinweise oder Forderungen.</p>	Kenntnisnahme
	<p><b>III. Sb Denkmalschutz</b></p> <p>Zu o. g. 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg nimmt der Sachbereich Denkmalschutz aus fachlicher Sicht für die Belange der Bau- und Bodendenkmalpflege wie folgt Stellung:</p>	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p><u>Belange der Bodendenkmalpflege</u> Da im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen gegen die vorliegende Planung keine grundsätzlichen Bedenken. Da insbesondere auch aufgrund des unmittelbar im Norden angrenzenden Bodendenkmals 111270 (Siedlung Bronzezeit) mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. 1, S. 215) aufmerksam:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u. ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG).</li> <li>2. Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).</li> <li>3. Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig.</li> </ol>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, Die nebenstehend genannten Hinweise werden tlw.in die Erläuterungen zur 7. Änderung des Flächennutzungsplanes vorsorglich aufgenommen.</p>
	<p><b>IV Sb Umwelt</b> <b>1. als untere Wasserbehörde (UWB)</b> Gegen die Änderung des o. g. Flächennutzungsplanes bestehen keine Bedenken.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
	<p><b>2. als untere Naturschutzbehörde (UNB)</b> Gemäß § 1 Abs. 1 NatSchZustV ist die untere Naturschutzbehörde (UNB) für die Durchführung des BNatSchG sowie des BbgNatSchAG und der auf Ihrer Grundlage erlassenen Rechtsvorschriften zuständig, soweit im BbgNatSchAG oder in der NatSchZustV nichts anders bestimmt ist.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
	<p>Gemäß § 1 Abs. 2 NatSchZustV nimmt die Obere Naturschutzbehörde (ONB beim LfU, Referat N1) die Belange des besonderen Artenschutzes (Vollzug der Vorschriften des Kapitels 5 des BNatSchG) wahr.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Bei der Aufstellung oder Änderung eines FNP ist § 11 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zu beachten. Der bestehende (veraltete) Landschaftsplan (LP) ist daraufhin zu prüfen, ob und in welchem Umfang wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten sind. Wesentliche Veränderungen sind u. a. großflächige bauliche Nutzungen wie Photovoltaik, Windkraft und Gewerbe-/Industrieanlagen.</p> <p>Die fehlende Aktualität eines LP kann auch bei der Bauleitplanung, die zu einer wesentlichen Veränderung von Natur und Landschaft führt, bewirken, dass der öffentliche Belang des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht adäquat in der Abwägung berücksichtigt wird.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Im Erläuterungsbericht zur 7. Änderung des Flächennutzungsplanes, Kapitel 3.5 wird eine entsprechende Beurteilung zum Landschaftsplan vorgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme, die Stadt Meyenburg sieht kein Erfordernis zur Anpassung des Landschaftsplanes, wie im Erläuterungsbericht zum Entwurf der 7. Änderung dargelegt.</p>
	<p>Im Rahmen der frühzeitigen TÖB – Beteiligung erfolgte die Anfrage der Gemeinde zur Festlegung des Untersuchungsumfanges der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB.</p>	<p>Kenntnisnahme, die Aussage ist korrekt</p>
	<p>Gegenstand der Umweltprüfung sind die Belange des Umweltschutzes. Diese sind in § 1 Abs. 6, Nr. 7 und § 1a BauGB definiert.</p> <p>Im Ergebnis der Umweltprüfung werden die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet. Die Inhalte des Umweltberichtes (UB) sind in der Anlage 1 zum BauGB definiert.</p> <p>Gegenstand der Umweltprüfung sind die Umweltbelange, auf die die Durchführung eines Bauleitplanes voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben kann. Die Umweltbelange sind insbesondere die in § 1 Abs. 6, Nr. 7 a) bis i) BauGB sowie die in § 1a BauGB angesprochenen Belange, sowie insbesondere auch die Eingriffsregelung des § 1a Abs. 3 BauGB und der Bodenschutz (§ 1a Abs. 2 BauGB).</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p>
	<p>Seitens der UNB wird davon ausgegangen, dass der UB für beide parallellaufenden Verfahren gemeinsam aufgestellt wird. Die in der TÖB-Beteiligung zur Aufstellung des BP erhobenen Forderungen seitens der UNB gelten somit auch für das FNP-Änderungsverfahren.</p>	<p>Kenntnisnahme, der Hinweis ist korrekt, der Umweltbericht wird für beide Verfahren aufgestellt.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Im Eingriff- und Kompensationsflächenkataster des Landes Brandenburg ist im Geltungsbereich des BP und somit auch im Geltungsbereich der 7. Änderung des FNP eine Kompensationsfläche verortet. Dabei handelt es sich um die Entsiegelung des ehemaligen Agrarflugplatzes. Die Entsiegelungsmaßnahme (M2) wurde mit der 1. Änderung des BP Nr. 1 der Gemeinde Halenbeck- Rohlsdorf „Windpark Halenbeck/Warnsdorf-Ost“ festgesetzt.</p> <p>Die Überbauung der Kompensationsfläche aus der Entsiegelungsmaßnahme M2 mit Solarmodulen sollte hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Festsetzungen des BP Nr. 1 der Gemeinde Halenbeck- Rohlsdorf überprüft werden. Es könnte sein, dass sich die Festsetzungen beider Pläne widersprechen.</p>	<p>Kenntnisnahme, der Hinweis ist korrekt und wurde beachtet. Für die in Rede stehende Kompensationsfläche (ehemaliger Agrarlandeplatz) wurde im Einvernehmen mit der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf im Austausch dieser Fläche eine neue Kompensationsfläche angeboten, Gemarkung Meyenburg Flur 18 Flurstück 169/1.</p> <p>Die beschränkte persönliche Dienstbarkeit zu Gunsten der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf wird für die bisherige Kompensationsfläche gestrichen und für die neue Kompensationsfläche, die nun von Bebauung freizuhalten ist, im Grundbuch eingetragen. Hierfür wurde bereits die Eintragung einer persönlichen Dienstbarkeit zu Gunsten der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf als Kompensationsmaßnahme notariell beantragt. Dadurch ist sichergestellt, dass kein Widerspruch zu den Festsetzungen des BP Nr. 1 „Windpark Halenbeck/Warnsdorf-Ost“ der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf entsteht.</p>
	<p>Abkürzungs- u. Fundstellenverzeichnis</p> <p>BNatSchG - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29.Juli 2009 (BGBl. 1, S.2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. 1, S. 2240)</p> <p>BbgNatSchAG – Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz – BbgNatSchAG) vom 21 Januar 2013 (GVBl. I/13 Nr. 3) geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I/20, Nr. 28)</p> <p>NatSchZustV - Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr.43) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juli 2021 (GVBl. 11/21, Nr.71)</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung der aufgeführten Rechtsgrundlagen</p>
	<p><b>3. als Untere Abfallwirtschafts- u. Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB)</b></p> <p>Die Untere Abfallwirtschafts- und die Untere Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB) nimmt zu Vorhaben wie folgt Stellung:</p>	
	<p>Altlastenfachlicher Hinweis:</p> <p>Zu den gekennzeichneten Altlasten gibt es keine neuen Erkenntnisse.</p> <p>Auszug aus dem GIS des Landkreises mit den gekennzeichneten Altlasten (rote Sechsecke) -Stand: 26.07.2023</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung sowie Eintragung in vorliegende Planung.</p>
	<p><b>V Sb Bauordnung</b></p>	

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<b>1. Bauordnungsrecht</b> Aus Sicht der Bauaufsichtsbehörde sind keine Ergänzungen/Anmerkungen zur 7. Änderung des FNP erforderlich.	Kenntnisnahme
<b>2. Planungsrecht</b> <b>2.1 Planzeichnung</b> Die nicht zum Änderungsbereich gehörenden Flächen sind transparent darzustellen. Ausschließlich der Änderungsbereich ist in seiner vollen Farbe darzustellen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung in der Darstellung der Planzeichnung.
<u>zum rechtswirksamen FNP Meyenburg</u> Alles, was auf der Planzeichnung festgesetzt ist und zum Änderungsbereich gehört, ist in die Zeichenerklärung zu übernehmen. Somit ist auch die noch festgesetzte Fläche für Landwirtschaft in der Zeichenerklärung zu ergänzen. Daneben sind zwei 15-kV-Elektraleitungen mit aufzunehmen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, der Leitungsbestand wird ergänzt.
Zudem ist das Planzeichen für die Umgrenzung der Änderungsfläche in die Zeichenerklärung mit aufzunehmen. Es sind die Planzeichen der Planzeichenverordnung zu verwenden.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
<u>zur 7. Änderung</u> Auf der Planzeichnung wird eine geplante Ortsrandbegrünung dargestellt. Diese liegt außerhalb des Änderungsbereiches. Entweder ist diese zu streichen, in den Änderungsbereich zu verlegen oder der Änderungsbereich ist zu erweitern.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Planzeichnung wird angepasst, im östlichen Randbereich des Plangebietes wird eine Fläche für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft eingetragen, hier handelt es sich um eine Hecke, die das Plangebiet überwiegend zur offenen Landschaft abgrenzt.
<u>Zur 7. Änderung: sonstige Planzeichen</u> In Klammern steht „Standort vergleiche Erläuterungsbereich“. Was ist damit gemeint? Sollte hier auf die Begründung verwiesen werden, dann muss hier auch detailliert stehen, wo in der Begründung Aussagen dazu getätigt werden.	Kenntnisnahme die genaue Bezeichnung der Altlastenverdachtsfläche Nr. 14 wird in die Planzeichnung aufgenommen, es entfällt der Verweis auf den Erläuterungsbericht.
zu beiden Planzeichnungen Beide Planzeichnungen werden mit „Planzeichnung Teil A“ beschrieben. Was ist der Teil B?	Kenntnisnahme, hier erfolgt eine redaktionelle Anpassung, die Bezeichnung Planzeichnung Teil A wird nur noch für die 7. Änderung des FNP vergeben, Teil B ist der Erläuterungsbericht.
Der Nordpfeil oben rechts auf der Planzeichnung erfüllt nicht seinen verfolgten Zweck. Die Planzeichnungen sind mit einem Nordpfeil zu versehen. Der Quellenvermerk ist wie folgt auszugestalten: „Geobasisdaten:© GeoBasis-DE/LGB JJJJ (Jahr der Datenbereitstellung)“	Kenntnisnahme, der Nordpfeil wird so platziert, dass er der Planzeichnung eindeutig zugeordnet werden kann, der Quellenvermerk wird übernommen.
<u>Übersichtskarte</u>	



Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Der Nordpfeil oben rechts auf der Planzeichnung erfüllt nicht seinen verfolgten Zweck. Die Übersichtskarte ist mit einem Nordpfeil zu versehen. Der Quellenvermerk der Übersichtskarte ist ebenfalls zu korrigieren (siehe oben).	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, siehe oben
	<u>Verfahrensvermerke</u> Es fehlt an den Verfahrensvermerken. Diese sind zu ergänzen.	Kenntnisnahme, die Verfahrensvermerke werden zum Entwurf der 7. Änderung des FNP auf die Planzeichnung übernommen.
	<b>2.2 Begründung</b> In der Begründung heißt es aus Seite 7, dass zwei 15-kV-Elektrleitungen und eine geplante Ortsrandbegrünung innerhalb der 7. Änderungsfläche liegen. Auf Seite 14 wird geschrieben, dass diese nachrichtlich in die Planzeichnung übernommen werden. Auf der Planzeichnung und in der Zeichenerklärung sind diese jedoch nicht zu finden. Ausschließlich die geplante Ortsrandbegrünung, welche jedoch außerhalb des Änderungsbereiches liegt, und der Altlastenverdachtsstandort sind als sonstige Zeichen aufgenommen worden. Die Planzeichnung sowie die Zeichenerklärung sind zu überarbeiten.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Widersprüche werden aufgehoben und redaktionell angepasst.
	Aus der Begründung Seite 14 geht hervor, dass die Ortsrandbegrünung nicht mit den geplanten Festsetzungen des Bebauungsplans übereinstimmt. Zudem liegt diese Fläche außerhalb des Änderungsbereiches. Hinsichtlich dieser Darstellung sind unbedingt Änderungen vorzunehmen (siehe Ausführungen zu „7. Änderung“). Die Grünflächen sind so darzustellen, dass der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden kann.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Widersprüche werden aufgehoben und redaktionell angepasst. In die Planzeichnung zur 7. Änderung des FNP wird eine Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft eingetragen, die im Bebauungsplan als solche festgesetzt werden soll.
	<b>2.3 Hinweise</b> Es sind nur die Rechtsgrundlagen in der Begründung und auf der Planzeichnung aufzuführen, welche auch verwendet werden. Die Rechtsgrundlagen müssen dem aktuellen Stand zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses entsprechen (Planzeichnung und Begründung).	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Rechtsgrundlagen werden im Entwurf angepasst. Mit Feststellungsbeschluss werden ebenso die Rechtsgrundlagen mit aktuellem Stand geprüft und eingetragen.
19.	<b>Kreishandwerkerschaft Prignitz, Bahnhofplatz 8, 19348 Perleberg</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor.
20.	<b>Landesbetrieb Straßenwesen, Dezernat Planung West, Dienststätte Kyritz, Holzhausener Straße 58, 16866 Kyritz</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor.
21.	<b>Landesbetrieb Forst Brandenburg, Oberförsterei Bad Wilsnack, Am Ziegelberg 5, 19336 Bad Wilsnack</b>	
	<b>Stellungnahme 31.08.2023</b> Nach Prüfung der mir vorliegenden Unterlagen bestehen aus forstbehördliche Sicht keine Einwände gegen die geplante Änderung des Flächennutzungsplanes. Waldflächen lt. Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG ) vom 20.April 2004 (GVBl 1/04 (Nr.06 ) S.	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	137, in der jeweils geltenden Fassung sind nicht betroffen	
22.	<b>BVVG Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft, Schönhauser Allee 120, 10437 Berlin</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor.
23.	<b>Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Kundenteam Eigentumsmanagement – Bau-recht, Caroline-Michaelis-Str. 5-11, 10115 Berlin</b>	Telefonische Rückmeldung am 20.07.2023, dass keine Betroffenheit vorliegt.
24.	<b>Regio Infra Nord-Ost GmbH &amp; Co. KG, Pritzwalker Straße 8, 16949 Putlitz</b>	
	<b>Stellungnahme 22.08.2023</b> wir bedanken uns zunächst für die Beteiligung an den o.a. Planungsverfahren; wir sind als öffentliches, Nichtbundeseigenes Eisenbahninfrastrukturunternehmen (NE-EIU) sonstiger Träger öffentlicher Belange. Die uns gehörende Strecke 6938 Pritzwalk – Meyenburg grenzt an das von den Planungen berührte Gebiet an und wir sind daher von den Planungen betroffen.	Kenntnisnahme
	Grundsätzlich können wir den Unterlagen der Vorentwürfe - zur 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg sowie - zum B-Plan Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg“ zustimmen, geben jedoch die folgenden und zu beachtenden Hinweise.	Die generelle Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
	- Eigentumsverhältnisse (u.a. Abschn. 1.1 in der Begründung zum B-Plan): Die an die Plangebiete westlich angrenzenden Bahnanlagen/-grundstücke stehen in unserem Eigentum; siehe jedoch den folgenden Hinweis zur „Bahnwidmung“. Der erwähnte Betriebshof wird nicht von der RIN, sondern von der Schienenfahrzeugwerke Wittenberge GmbH (SFW) unterhalten.	Kenntnisnahme und entsprechende redaktionelle Anpassung in der Begründung.
	- Widmung von Grundstücken als Bahnanlagen („für Bahnbetriebszwecke“) Der überwiegendste Anteil der im FNP als „Bahnanlagen“ gekennzeichneten Flächen besitzt die Widmung „für Bahnbetriebszwecke“ gemäß AEG bzw. ERegG. Von den an den Änderungsbereich unmittelbar westlich angrenzenden Flurstücken wurden einige bzw. Teilflächen von den Muttergesellschaften der RIN verkauft, da sie für den Bahnbetrieb entbehrlich waren. Inwieweit diese Flächen noch einer Bahnwidmung unterliegen, ist uns nicht bekannt. So hier weitere Änderungen im FNP bzw. im Zusammenhang mit dem B-Plan geplant werden, sollte diese Situation geprüft und kann ggf. verändert werden; entsprechende Anträge auf „Freistellung von Bahnbetriebszwecken“ können auch wir als Eisenbahninfrastrukturunternehmen auf den Weg bringen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, im Rahmen der 7. Änderung des FNP ist derzeit nicht vorgesehen, eine weitere zusätzliche Fläche als Bahnanlagen in den Geltungsbereich einzubeziehen.
	- Durchführung Baugenehmigungsverfahren	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Im Rahmen des Vorhabens sind bahnbetriebliche und -technische Belange zu beachten, da diese Belange den durch uns zu verantwortenden Bahnbetrieb berühren und wir diesen auf der Grundlage der einschlägigen Bahngesetze (u.a. Allgemeines Eisenbahngesetz [AEG]) und -verordnungen (u.a. Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung [EBO]) durchführen und absichern müssen. Unsere Forderungen, für die wir für den konkreten Bauherrn eine Eisenbahntechnische Zustimmung auf Antrag erteilen, müssen daher Bestandteil einer Baugenehmigung werden. Eine baugenehmigungsfreie Errichtung der Photovoltaikanlagen ist aus unserer Sicht unzulässig.</p>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- eine lückenlose Einzäunung bzw. Abgrenzung der B-Plan-Fläche ggü. den Bahnanlagen sowie</li> <li>- die Vorlage eines Blendgutachtens, in dem eine Blendfreiheit der zu errichtenden Anlagen für den Bahnbereich (das betrifft vor allem die Triebfahrzeugführer der auf der Strecke verkehrende Züge sowie das Stellwerkspersonal auf dem in der Nähe befindlichen Stellwerk B1 Bf Meyenburg an der Heinrich-Heine-Straße)</li> </ul> <p>verwiesen; weitere Auflagen können bei Bearbeitung des konkreten Bauantrages erteilt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme, im Rahmen der weiterführenden Planung wird ein Blendgutachten erstellt um den blendfreien Betrieb der Bahnanlagen sowie sowohl für den Triebwagenführer als auch das Stellwerkspersonal nachzuweisen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erschließung des B-Plan-Gebietes</li> </ul> <p>Bei notwendigen, neuen Erschließungen des Plangebietes mit Medienleitungen, die unsere Bahnanlagen (-grundstücke) nähern (Abstand &lt; 50 m) oder kreuzen, sind die erforderlichen Gestattungsanträge auf der Grundlage der einschlägigen NE-Kreuzungsrichtlinien rechtzeitig bei uns einzureichen.</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Übereinstimmung Planzeichnungen</li> </ul> <p>Die Umgrenzung des Plangebietes in der 7. Änderung zum FNP weicht von der Umgrenzung für den B-Plan Nr. 7, insbesondere an der nördlichen Grenze, ab. Die Im B-Plan eingetragene „Privatstraße“ ist im FNP nicht ausgewiesen. Die rechtliche Relevanz der Unterschiede sollte bewertet und ggf. mit Anpassungen der Planzeichnungen gewürdigt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nutzung der Zufahrtstraßen</li> </ul> <p>Die benannte Privatstraße im B-Plan wird im Interesse der Investoren für deren private Zwecke genutzt, wohingegen die dorthin zuführende Straße „Birkenweg“ ausschließlich seitens der steuerzahlenden Öffentlichkeit vorgehalten wird. Wir dürfen daran erinnern, dass die asphaltierte Fahrbahndecke durch unsere Rechtsvorgängerin, die Prignitzer Eisenbahn (PEG; Bereich Infrastruktur), seinerzeit ohne jegliche Unterstützung von Amt und Gewerbeanliegern gebaut wurde, um dem katastrophalen Zustand der bis dato</p>	<p>Kenntnisnahme, die Hinweise werden dankend angenommen, sind jedoch für die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes nicht planungsrelevant.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
bestehenden Kopfsteinpflasterstraße abzuhefen. Seitens der nunmehr anstehenden, erweiterten Nutzung, die zu erhöhtem Verschleiß „unserer“ Straße führen wird, durch im großen Umfang wertschöpfende Investoren erwarten wir daher eine angemessene Kostenbeteiligung im Rahmen der B-Plan-Umsetzung in geeigneter Form oder an geeigneter Stelle.	
Um Beachtung bei der weiteren Erstellung des FNP- und B-Planes wird gebeten.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung.
<b>2. Stellungnahme 05.01.2024</b>  wir bedanken uns zunächst für die Zusendung weiterer Unterlagen zum o.a. Planungsverfahren; vorgelegt wurde - Blendgutachten PV Anlage Meyenburg PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg der So1PEG GmbH 20537 Hamburg vom 10.08.2023.	Kenntnisnahme, mit Vorliegen des Blendgutachtens wurde die <b>Regio Infra Nord-Ost GmbH &amp; Co. KG</b> darüber in Kenntnis gesetzt und um Abgabe einer erneuten Stellungnahme gebeten.
Leider dürfen wir darauf verweisen, dass dieses Gutachten bereits vor unserer 1. Stellungnahme (unser Schreiben GF2-P20 / 88-2023 vom 22.08.2023) erstellt wurde und wir nach Prüfung der Unterlage feststellen mussten, dass die zu berücksichtigenden Bahnbelange nicht vollumfänglich geprüft und bewertet wurden; das Gutachten bedarf somit einer Überarbeitung bzw. Ergänzung.	Kenntnisnahme, der Hinweis wurde beachtet, in gegenseitiger Abstimmung zwischen der Regio Infra Nord-Ost GmbH & Co. KG und der SolPEG (Ersteller des Blendgutachtens) wurden nochmals ergänzende Erläuterungen vorgelegt, die durch die Regio Infra NO geprüft wurden.
Im Gutachten werden insbesondere Aussagen zu den, in der Abbildung im <b>Anhang</b> markierten „Standorte für die Analyse“ P1 – P4 getroffen. In unserer Stellungnahme hatten wir um Prüfung der gesamten <u>Bahnbereiche</u> gebeten, insbesondere des Stellwerkstandortes an der Heinrich- Heine-Straße.	Kenntnisnahme, die Hinweise wurden beachtet und in einer Ergänzung zum Gutachten, Stand 08.01.2024 näher erläutert.
Wir bitten daher um die Beachtung nachfolgender Hinweise zur Überarbeitung: - Der Messpunkt 1 erfasst aus unserer Sicht nicht den gesamten, gleichfalls im Anhang dargestellten Einfahrbereich in den Bf Meyenburg, in dem insbesondere künftige Signalanlagen stehen werden. Auch ist die Fällung der am südlichen Rand stehenden Bäume (zur Beseitigung einer Verschattung der PVA) nicht ausgeschlossen.	Kenntnisnahme, die Hinweise wurden beachtet und in einer Ergänzung zum Gutachten, Stand 08.01.2024 näher erläutert.
- Der Messpunkt 2 ist dahingehend zu überprüfen, ob seine Analyse auch den Werkstattbereich des Anschlussbahnbetreibers Schieneninfrastruktur Prignitz mbH (SIP; Schwesterfirma der RIN) erfasst.	Kenntnisnahme, die Hinweise wurden beachtet und in einer Ergänzung zum Gutachten, Stand 08.01.2024 näher erläutert.
- Das Stellwerk B1 wird durch keinen Messpunkt erfasst.	Kenntnisnahme, die Hinweise wurden beachtet und in einer Ergänzung zum Gutachten, Stand 08.01.2024 näher erläutert.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
		ten, Stand 08.01.2024 näher erläutert.
	Wir bitten um entsprechende weitere Veranlassung.	Kenntnisnahme, die Hinweise wurden beachtet und in einer Ergänzung zum Gutachten, Stand 08.01.2024 näher erläutert.
	<b>3. Stellungnahme 09.01.2024 per Email</b> vielen Dank für die ergänzenden Aussagen, die unsererseits dann nunmehr „keine Wünsche mehr offen lassen“! Wir nehmen den Vorgang zu unseren Akten und erwarten die Beteiligung bei der Baugenehmigung.	Kenntnisnahme, mit Vorlage der Ergänzungen zum Blendgutachten, Stand 08.01.2024 konnten die angemarkten Punkte näher erläutert werden, so dass nunmehr eine Zustimmung zum Blendgutachten erteilt wurde.
<b>25.</b>	<b>Deutsche Telekom Technik GmbH, Postfach 229, 14526 Stahnsdorf</b>	
	<b>Stellungnahme 16.08.2023</b> die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:	Kenntnisnahme
	Im Planbereich, im Birkenweg, der die Zuwegung zum Plangebiet und zum angrenzenden Gewerbebetrieb ist, befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom, die aus dem beigefügten Plan ersichtlich sind.	Kenntnisnahme, der Birkenweg ist nicht Gegenstand der FNP-Änderung, gem. mitgeliefertem Lageplan tangiert die Telekom-Leitung zwar den Birkenweg, jedoch liegt sie außerhalb des Geltungsbereiches und wird daher nicht dargestellt.
	In der Begründung, Pkt. 5.4.1 Festsetzungen der Planzeichnung, wird der Anfahrtsweg für den Gewerbebetrieb und den künftigen Solarpark als private Verkehrsfläche festgesetzt. Diese Fläche (Birkenweg) muss aber zur Erschließung des Gewerbebetriebes weiterhin für die Telekommunikationsinfrastruktur zur Verfügung stehen. Zur Sicherung der Telekommunikationsversorgung bitten wir deshalb, diese private Verkehrsfläche (Birkenweg als geplanter Anfahrtsweg) nach § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB als mit einem Leitungsrecht zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn als zu belastende Fläche festzusetzen.	Kenntnisnahme, die nebenstehenden Hinweise betreffen den Bebauungsplan und sind nicht Gegenstand der FNP-Änderung.
	Diese Kennzeichnung allein begründet das Recht zur Verlegung und Unterhaltung jedoch noch nicht. Deshalb muss in einem zweiten Schritt die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch mit folgendem Wortlaut: "Beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die Telekom Deutschland GmbH, Bonn, bestehend in dem Recht auf Errichtung, Betrieb, Änderung und Unterhaltung von Telekommuni-	Kenntnisnahme, die nebenstehenden Hinweise betreffen den Bebauungsplan und sind nicht Gegenstand der FNP-Änderung.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	kationslinien, verbunden mit einer Nutzungsbeschränkung." erfolgen.	
	Vor diesem Hintergrund weisen wir vorsorglich darauf hin, dass wir die TK-Linien nur dann dort belassen können, wenn die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn, im Grundbuch erfolgt ist.	Kenntnisnahme, die nebenstehenden Hinweise betreffen den Bebauungsplan und sind nicht Gegenstand der FNP-Änderung.
	Bitte beachten Sie bei Ihren weiteren Planungen, dass die Telekom ggf. nicht verpflichtet ist, die Photovoltaikanlage an ihr öffentliches Telekommunikationsnetz anzuschließen. Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gemäß § 8 Absatz 3 BauGB. Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen zu den übersandten Unterlagen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Planauskunft_brandenburg@telekom.de“.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung.
<b>26.</b>	<b>Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Attilastraße 61-67, 12105 Berlin</b>	
	<b>Stellungnahme 08.08.2023 per Mail</b> Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Kenntnisnahme
<b>27.</b>	<b>Stadtwerke Pritzwalk, Gartenstraße 8, 16928 Pritzwalk</b>	
	<b>Stellungnahme 18.07.2023 per Mail</b> zu dem o.g. Bauvorhaben teilen wir Ihnen mit, dass sich im angefragten Bereich keine Leitungen befinden, die im Eigentum der Stadtwerke Pritzwalk GmbH stehen.	Kenntnisnahme
<b>28.</b>	<b>Wasser- und Bodenverband „Prignitz“, Sitz Pritzwalk, Schönhagener Straße 16, 16928 Pritzwalk</b>	
	<b>Stellungnahme 21.07.2023</b> im Änderungsbereich zur 7. Änderung des FNP der Stadt Meyenburg sowie im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg“ sind keine Wasserläufe II. Ordnung des Wasser- und Bodenverbandes "Prignitz" und nach unserem Kenntnisstand auch keine Drainagen betroffen, so dass Belange des Wasser- und Bodenverbandes „Prignitz“ nicht berührt werden.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Belange des Wasser- und Bodenverbandes „Prignitz“ nicht berührt werden.
<b>29.</b>	<b>Wasser- und Abwasserverband „Pritzwalk“, Hainholzweg 65, 16928 Pritzwalk</b>	
	<b>Stellungnahme 18.08.2023</b> Gegen die o.g. Änderung des FNP der Stadt Meyenburg bestehen unsererseits keine Einwände, da keine Belange des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Pritzwalk be-	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	rührt werden.	
<b>30.</b>	<b>GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH, Maximilianallee 4, 04129 Leipzig</b>	
	<b>Stellungnahme 27.07.2023</b>  Anlagenbetreiber                      Betroffenheit Erdgasspeicher Peissen GmbH        nicht betroffen Ferngas Netzgesellschaft mbH        nicht betroffen (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) <sup>1</sup> ONTRAS Gastransport GmbH <sup>2</sup> nicht betroffen VNG Gasspeicher GmbH <sup>2</sup> nicht betroffen	Kenntnisnahme
<b>31.</b>	<b>EMB Energie Mark Brandenburg, Großbeerenstr. 181-183, 14482 Potsdam</b> Mail vom 20.07.2023, Weiterleitung an NBB,	Auskunft siehe Nr. 36.3
<b>32.</b>	<b>WEMAG AG, Obotritenring 40, 19053 Schwerin</b>	
	<b>Stellungnahme 19.07.2023 per Mail</b> Für alle Bau- und Planungsarbeiten an bzw. in der Nähe unserer Netzanlagen ist unsere „Schutzanweisung von Versorgungsleitungen und –anlagen“ zu beachten. Dieses Dokument ist für unser gesamtes Versorgungsgebiet verbindlich. Sie können es unter folgendem Pfad herunterladen:  <a href="http://www.wemag-netz.de/einzelseiten/leitungsauskunft/index.html">http://www.wemag-netz.de/einzelseiten/leitungsauskunft/index.html</a> Dort haben Sie auch Zugriff auf unser Webportal Leitungsauskunft, das Sie bitte für Ihre zukünftigen Anfragen nutzen können.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	Ihre Baumaßnahme befindet sich außerhalb unseres Versorgungsgebietes und dort befinden sich keine Anlagen der WEMAG Netz GmbH. Jede Auskunft wird protokolliert und ist 4 Wochen ab Auskunftsdatum gültig. Weitere Informationen zur Gültigkeit finden Sie in der Schutzanweisung. Hinweis: Bitte beachten Sie, dass Anlagen anderer Versorgungsträger und Einspeiser von regenerativen Energien vorhanden sein können!	Kenntnisnahme
<b>33.</b>	<b>Amt Meyenburg, für die Gemeinde Gerdshagen und die Stadt Meyenburg, Freyensteiner Straße 42, 16945 Meyenburg</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor.
<b>34.</b>	<b>Amt und Stadt Plau am See, Mark 2, 19395 Plau am See</b>	
	<b>Stellungnahme 27.07.2023</b>	



Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	die Gemeinde Ganzlin stimmt dem o. g. Vorentwurf allgemein zu. Belange der Gemeinde Ganzlin werden nicht negativ berührt.	Kenntnisnahme
	<b>Stellungnahme 28.07.2023</b> Die Stadt Plau am See stimmt dem o. g. Entwurf der Stadt Meyenburg allgemein zu. Belange der Stadt Plau am See werden nicht negativ berührt.	Kenntnisnahme
<b>35.</b>	<b>Stadt Wittstock/Dosse, Markt 1, 16909 Wittstock/Dosse</b>	
	<b>Stellungnahme 09.08.2023</b> Durch die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg werden keine gemeindlichen Belange oder Planungen berührt, so dass seitens der Stadt Wittstock/ Dosse keine Anregungen / Einwände bestehen. Umweltprüfung: Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung bestehen von Seiten der Stadt Wittstock/ Dosse keine Anforderungen. Eigene umweltbezogene Informationen liegen nicht vor.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen.
<b>36.</b>	Auskunft über Portal infrest, Vorgang Nr. 481662	
	<b>1. 50Hertz Transmission GmbH, Netzbetrieb Zentrale, Heidestraße 2, 10557 Berlin</b>	
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b>  Nach Prüfung der von Ihnen eingerichteten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Umspannwerke, Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Versorgungsleitungen) befinden.	Kenntnisnahme, dass keine Leitungen der 50Hertz Transmission GmbH betrieben werden.
	Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH. Wird das Vorhaben geändert oder nicht innerhalb von zwei Jahren begonnen, ist eine erneute Anfrage über das infrest Leitungsauskunftsportal erforderlich. Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und bedarf deshalb keiner Unterschrift. Die Stellungnahme ist somit gültig.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	<b>2. DNS:NET Internet Service GmbH, Zimmerstraße 23, 10969 Berlin</b>	
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b> In dem Baugebiet befinden sich keine Rohr- und Kabelsysteme der DNS:NET. Bitte beachten Sie die Bestimmungen in der beigefügten Kabelschutzanweisung. Die DNS:NET hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.	Kenntnisnahme, dass sich keine Rohr- und Kabelsysteme der DNS:NET im Plangebiet befinden.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen		Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
3.	<b>NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH &amp; Co. KG, An der Spandauer Brücke 10, 10178 Berlin</b>	
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b> die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (nachfolgend NBB genannt) handelt im Rahmen der ihr übertragenen Netzbetreiberverantwortung auch namens und im Auftrag der GASAG AG, der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, der Stadtwerke Bad Belzig GmbH, der Gasversorgung Zehdenick GmbH, der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, der NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, der Netzgesellschaft Hohen Neuendorf (NHN) Gas mbH & Co.KG, der Rathenower Netz GmbH, der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH (NGHGas), der Stadtwerke Forst GmbH und der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG.	Kenntnisnahme
	Im unmittelbaren Bereich Ihrer geplanten Baumaßnahme liegen keine Anlagen der NBB bzw. vorhandene Anlagen werden gemäß Ihren Unterlagen nicht tangiert.	Kenntnisnahme, dass sich keine Anlagen der NBB im Planbereich befinden.
	Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu sind von Ihnen gesonderte Auskünfte einzuholen. Die Bestandspläne werden laufend aktualisiert. Bei aktuell neuverlegten Gasleitungen ist es möglich, dass diese noch nicht in den Bestandsplänen enthalten sind. Hierzu bitten wir Sie, sich mit der NBB unter (030) 81876 1890, Fax-Nr.: (030) 81876 1749 abzustimmen. Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
4.	<b>PRIMAGAS Energie GmbH, Luisenstraße 113, 47799 Krefeld</b>	
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b> hiermit teilen wir Ihnen mit, dass durch das oben genannte Vorhaben keine Flüssiggas-Versorgungsleitungen im öffentlichen Bereich der PRIMAGAS Energie GmbH berührt werden. Sollte sich ein Flüssiggasbehälter auf dem angefragten Grundstück befinden, so wenden Sie sich bitte an den Eigentümer des angefragten Grundstückes.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
5.	<b>Saferay operations GmbH, Rosenthaler Straße 34/35, 10178 Berlin</b>	
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b> die infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH wird von der saferay Gruppe beauftragt,	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen		Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Auskunftsersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der saferay Gruppe.	
	In dem o. g. Bereich liegen zurzeit keine Leitungen der saferay Gruppe.	Kenntnisnahme, dass sich keine Leitungen der saferay Gruppe im Plangebiet befinden.
	Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu empfehlen wir Ihnen gesonderte Auskünfte unter Nutzung von <a href="http://www.infrest.de">www.infrest.de</a> einzuholen. Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der saferay Gruppe vorzulegen. Für technische Rückfragen steht Ihnen Herr Böhm von der saferay operations GmbH gerne unter der Telefonnummer +49 (0)173 3233714 zur Verfügung.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	<b>6. Tyczka Energy GmbH, Rosa-Luxemburg-Straße 27, 04103 Leipzig</b>	
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b> die Tyczka Energy GmbH betreibt in der Bundesrepublik Deutschland Gasnetze im öffentlichen und privaten (nicht öffentlichen) Raum. Im markierten Bereich Ihrer Anfrage liegen keine Gasversorgungsleitungen der Tyczka Energy GmbH im öffentlichen Raum. Die Leitungsauskunft hat eine Gültigkeit von 3 Monaten ab Ausstellungstag.	Kenntnisnahme, dass sich keine Gasversorgungsleitungen der Tyczka Energy GmbH im Plangebiet befinden.
	Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder sich der Ausführungszeitraum über die 3 Monate hinaus verschieben, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft vorzulegen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
<b>37.</b>	Auskunft über Portal <b>E.on/E.dis</b> Anfragen Nr.: <b>0891891</b> -EDIS	
	<b>Stellungnahme 26.07.2023</b> in Ihrem Planungsgebiet befinden sich Anlagen (mehrere Mittelspannungskabel-Systeme) im Eigentum der E.DIS Netz GmbH. Wir senden Ihnen einen Bestandsplan zu Ihrer Verfügung. Wir bitten Sie, unseren Anlagenbestand in Ihrer Planung zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, der Leitungsbestand wird in die Planung übernommen.
	Da Energieanlagen nicht über- oder unterbaut werden dürfen und eine dauerhafte Zugänglichkeit gewährleistet werden muss, sind evtl. Umverlegungs- bzw. Schutzmaßnahmen rechtzeitig mit uns abzustimmen. Dieser Verfahrensweg ist auch dann notwendig, wenn zurzeit unbefestigte Straßen und Gehwege ausgebaut, verändert bzw. befestigt werden sollen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung bei weiterführenden Planungen .

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Wir möchten darauf hinweisen, dass wir Ihr Vorhaben zum heutigen Zeitpunkt, als Information zum Planungsstand betrachten, ohne dass von uns konkrete Maßnahmen geplant werden. Zudem lässt sich aus unserer Stellungnahme keine Anschlussaussage ableiten. Hierfür sind entsprechende Anträge zu stellen.	Kenntnisnahme
<b>Offenlage</b>		
<b>O1</b>	<b>Stellungnahme 02.07.2023</b> wie auch im Bericht erwähnt wurde, kommen auf dem Gebiet (ehemaliger Agrarlandeplatz) 3 Brutpaare des Braunkehlchens vor (Vogel des Jahres 2023). Das Braunkehlchen steht auf der Rote Liste, Kategorie 2 als stark gefährdete Art. Auch in Brandenburg sind die Bestände stark zusammengebrochen und kommen nur noch selten vor, weil dessen Lebensräume wie strukturreiche Brachen, wie in diesem Fall und extensiv genutztes Grünland kaum noch vorhanden sind, beziehungsweise zerstört wurden und werden. Daher würde ich gerne wissen was für Kompensationsmaßnahmen für das Braunkehlchen geplant sind, die zwar im Umweltbericht erwähnt wurden, das sie stattfinden sollten, aber nicht in welchen Maße und Umfang. Die Braunkehlchenpaare wird es jedenfalls nach der Maßnahme nicht mehr dort geben, wenn es keine entsprechende Ausgleichsmaßnahme in Form einer strukturreichen Brache mit entsprechender Größe oder ähnliches erfolgt, die aber nicht mit irgendwelchen Lerchenfenster oder ähnlichen abgetan ist.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung. Der Empfehlung, für die betroffenen Brutpaare des Braunkehlchens eine Ausgleichsmaßnahme zu etablieren kann gefolgt werden. In Abstimmung mit der UNB des LK Prignitz wird im Rahmen des Umweltberichtes eine neue Maßnahme entwickelt. Hierzu findet sich die entsprechende Maßnahmenbeschreibung mit der Zuordnung der Fläche und Größe.

- 23 von 35 TÖB gaben eine Stellungnahme ab, davon gab 1 TÖB (Nr. 31) den Verweis auf Leitungsauskunft und 1 TÖB (Nr. 23) gab telefonische Auskunft
- aus der Öffentlichkeit ging eine Stellungnahmen ein